Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westf. Nr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 175 — Mittwoch, den 30. Juli 1919 — 47. Jahrgang

Annahme des Vertrauensvotums.

(Nationalversammlung vom 29. Juli.)

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen betr. die Verhältnisse der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer, die Aufhebung von Verordnungen im besetzten Gebiet und das aufreizende Verhalten französischer Soldaten in Berlin, wurde die Debatte der letzten Tage fortgesetzt.

Abg. Henke (U.):

Erzberger hat nur einen Zipfel gelüftet, der Mantel muß ganz heruntergerissen werden. Die Mehrheitssozialisten denken nicht daran, daß in Oesterreich die Lunte an das Pulverfaß gelegt ist und deshalb ist für das internationale Proletariat der Kampf gegen die Erzberger ebenso geboten wie gegen die Graefe. Nur wir Unabhängigen waren für die vollkommene Unabhängigkeit Belgiens. Deshalb sind alle anderen Parteien mitschuldig an den Taten Hindenburgs und Ludendorffs. Die Belagerungszustände und Schutzhaftfälle schreien zum Himmel. In Essen sind die Schutzhäftlinge seit 6 Tagen in den Hungerstreik eingetreten. Die Einwohnerwehren, die nichts weiter sind als bewaffnete bürgerliche Konterrevolutionäre, dürfen machen was sie wollen.

Abg. Dr. Rießer (D. V.):

Vor dem neuen Außenminister habe ich wegen seines Wissens und seiner Sachlichkeit Achtung. Er ist ein Mann von Loyalität und Vertrauen und das wird ihm in seinem Amte auch dem Auslande gegenüber nützen. Der Staatsgerichtshof wird nur verlangt als Reichseinzug gegen bestimmte Personen. Besser ist der von uns beantragte Aufklärungsausschuß. Wir erklären uns auch gegen die Veröffentlichung der Rede Erzbergers. Die Rede kommt in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, auch im Innern Frieden zu schaffen, aufs neue Oel ins Feuer. Augenblicklich ist man noch nicht in der Lage, die Richtigkeit aller Behauptungen nachzuprüfen. Unbestreitbar haben sie sich bereits im wesentlichen als nicht richtig herausgestellt. Wenn der Minister Erzberger schon am 12. 4. 1917 diese furchtbaren Dinge gewußt hat und wenn es wirklich seine Ueberzeugung war, daß das Volk bei ihrem Bekanntwerden den Frieden erzwungen haben würde, weshalb hat er nicht Herr Erzberger gesprochen? Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärt Dr. Rießer, er sei beauftragt von einem Mitglied seiner Fraktion, das er als durchaus zuverlässig kenne und das für die Richtigkeit seiner Behauptungen im vollen Umfange eintrete, folgendes mitzuteilen: Auf Wunsch eines nahen Bekannten des Herrn Erzbergers hat Herr Erzberger ein kurzes Kriegszielprogramm entworfen. Am 12. 6. besuchte unser Gewährsmann Herrn Erzberger, welcher ihm erklärte, daß die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß wir die Erzbecken von Briey und Longwy haben müßten. Man müsse die Oeffentlichkeit im Sinne dieser Forderung aufklären. Er gab Mittel und Wege und Persönlichkeiten an, die dafür in Betracht kämen. Er teilte mit, daß er in der Zeitung der christlichen Metallarbeiter einen Artikel darüber lanzieren würde. Tatsächlich, so sagt der Gewährsmann hinzu, arbeiteten noch im August 1917 verschiedene von Herrn Erzberger abhängige Pressebüros in diesem Sinne. Ich brauche nach dem, was ich eben aufgeführt habe, nicht mehr zu begründen, daß wir für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung stimmen werden.

Preußischer Kriegsminister Reinhardt

macht nähere Mitteilungen über die Vorgänge beim Zusammenbruch in Polen. Durch das Vorgehen der Soldatenräte, die glaubten, eine gute Tat zu vollbringen, wenn sie Polen unverzüglich und ohne Kampf räumten, seien große Heereswerte verloren gegangen und noch ein größeres Stück deutschen Ansehens. Andererseits habe es in dieser Tragödie nicht an lichten Augenblicken gefehlt.

Reichsminister Erzberger:

Seitdem ich das Reichsfinanzministerium übernommen habe, ist mir jede Minute zu kostbar, um immer wieder derartigen vollständig veralteten und längst widerlegten Angriffen und Stänkereien von Leuten entgegentreten zu müssen, die nichts weiter zu tun haben. Hätte ich mit dem Dokument des Grafen Czernin gleich in die Oeffentlichkeit gehen sollen? Ich möchte wohl wissen, welcher Lärm sich dann gerade unter den Freunden des Herrn Rießer erhoben hätte. Im übrigen hat Graf Czernin den Beweis garnicht einmal anzutreten versucht, daß der Bericht durch mich an die Feinde bekannt geworden sei. In der Ausschußsitzung vom 25. September hat der damalige Reichskanzler erklärt, wir könnten unbesorgt sein, die Alliierten würden von unserer Stellung in der belgischen Frage Kenntnis erhalten. Zentrum, Sozialdemokraten und Volkspartei waren über der Auffassung, sie brauchten jetzt nicht auf eine solche Erklärung zu drängen. Der Abgeordnete Riesser sagt, ich müßte wissen, daß in der deutschen Antwort vom 24. keine Erklärung über Belgien enthalten war. Dieses Antwortschreiben ist mir nicht bekannt geworden. Meine Rede im Hauptausschuß war auf der Grundlage aufgebaut, daß eine restlose Aussprache über Belgien mit den Gegnern erfolgen würde. Da sagte ich, wir stellten uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten. Dann erst reiste ich nach München und erfuhr dort: Alles verloren! In der Unterredung zwischen mir und einem Vertreter der Obersten Heeresleitung suchten wir nach einem Ausweg in der Angelegenheit Longwy und Briey. Sie machte aber eine „cause celebre" aus einer Unterredung in der verschiedene Möglichkeiten durchgesprochen wurden. Die Regierung hat dies immer wieder mit voller Entschiedenheit bestritten, und ich bestreite es auch. Es ist eine welthistorische Lüge, daß Deutschland der alleinige Urheber des Weltkrieges ist, aber etwas anderes ist es, wenn man objektiv das Studium der Akten zuläßt, daß auch die Auffassung, die von Dr. Rießer vertreten wird, nicht richtig ist, nämlich, daß Deutschland vollkommen unschuldig am Ausbruch des Weltkrieges ist. Auch Deutschland trägt seinen Teil an der Schuld. Wenn ich das ausspreche, so sage ich nur die Wahrheit. Wir brauchen den Staatsgerichtshof aus zwei durchschlagenden Gründen: Nach dem entsetzensvollen Abschluß des Weltkrieges fragt das Volk unbedingt: Ist denn jemand in Deutschland schuld an dem Kriege, an seiner Fortsetzung und diesem Abschluß? Wir können keine innere Gesundung für Deutschland herbeiführen, ehe nicht der Beweis ehrlich und objektiv erbracht ist, wer und wieweit jemand in Deutschland schuldig ist. Der Staatsgerichtshof wird fernerhin dazu dienen, daß das unerhörte Maß von Beleidigungen und Beschuldigungen die während 4 Jahre aus dem Auslande auf uns niedergeprasselt sind, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Er wird dazu beitragen, die Achtung vor dem deutschen Namen im Auslande wieder herzustellen, nachdem objektiv festgestellt ist, was wahr, was unwahr und was nicht halb wahr ist. Wir hätten weiter geschwiegen und nur einen Teil des Materials veröffentlicht, das meiste aber dem Staatsgerichtshof vorbehalten. Was hat diesen wohlerwogenen Plan der Regierung durchkreuzt und ihr eine andere Haltung aufgezwungen? Die absolut unbegründeten Angriffe, die von den rechtsstehenden Parteien und Mitgliedern der früheren Regierung erhoben worden sind! Dies sind offenkundige Geschichtsfälschungen, wie sie von jeher dort beliebt sind. Wir haben den Kampf nicht aufgenommen, sondern er wurde uns aufgezwungen und aufgedrängt. Wenn Sie ihn aber haben wollen, so werden sie ihn und zwar mit aller Rücksichtslosigkeit haben.

Abg. Warmuth wendet sich gegen den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof, weil er uns in der Schuldfrage der Welt gegenüber in eine falsche Lage bringt. Damit schließt die Besprechung. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen erfolgt die

die Abstimmung.

Das Haus beschließt nach einem Antrage Loebe (S.), die Reden der Minister und das weiter beigebrachte Material auf Kosten des Reiches im deutschen Volke zu verbreiten mit der Erweiterung nach einem Antrag Arnstadt (Dtn.), daß auch das Schreiben des päpstlichen Nunzius nebst Anlage und die darüber erfolgte Antwort des Reichskanzlers Michaelis in ungefälschter Form der Veröffentlichung beizufügen ist, und einem weiteren Zusatz Agnes und Genossen (U.), auch die Stenogramme der Verhandlungen durch Veröffentlichung zu billigen Preisen dem ganzen Volke zugängig zu machen.

Die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum ergibt dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen. Ein Antrag der Unabhängigen auf namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum wird nicht genügend unterstützt. Das Vertrauensvotum wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Demokraten hatten erklärt, sie würden sich bei dem Vertrauensvotum der Stimme enthalten, gegen das Mißtrauensvotum aber stimmen, da sie anders ihre Meinung nicht zum Ausdruck bringen könnten.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof geht an den Verfassungsausschuß unter Annahme eines Antrages der Deutschen Volkspartei, einen kleinen Parlament angehörenden aus namhaften Historikern und publizistisch geschulten Juristen zusammengesetzten Ausschuß einzusetzen. — Um ¾3 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf 5 Uhr.

Keine Haftentlassung der Hungerstreikler.

In der Nachmittagssitzung teilt Präsident Fehrenbach mit, daß ein Antrag Agnes und Genossen (U.) eingegangen ist, den kommandierenden General des 7. Armeekorps anzuweisen, die seit 6 Tagen im Hungerstreik befindlichen politischen Schutzgefangenen aus der Haft zu entlassen. Für die Begründung soll nur 5 Minuten in Anspruch genommen werden. Darauf wird Reichswehrminister Noske eine Erklärung abgeben. Der Präsident schlägt dem Hause vor, den Antrag alsbald zu beraten. Das Haus stimmt dem Vorschlage zu. — Abg. Braß (U.) begründet den Antrag. — Reichswehrminister Noske: Niemand bedauert mehr als ich, daß wir genötigt sind, von der Schutzhaft Gebrauch zu machen. In dem Augenblick, wo wir die Garantie haben, daß im Industriegebiet davon Abstand genommen wird, weiter in verbrecherischer Weise die Volkswirtschaft lahmzulegen, werden wir in der Lage sein, von jeder Art Kampfhandlung Abstand zu nehmen. — Abg. Braß (U.) (unter wiederholten Schlußrufen aus dem Hause): Die vom Wehrminister zugesagten Nachprüfungen dauern jetzt schon Wochen und Monate. Das ist es, was Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft provozieren muß. — Reichswehrminister Noske: Ich habe nicht einen Augenblick gezweifelt, daß dieser Antrag von Herrn Braß als Anlaß für agitatorische Zwecke benutzt werden würde. (Stürmischer Widerspruch und lärmende Zurufe bei den U., ungeheurer Lärm.) Die sich jetzt so erregen, haben keine Spur von Erregung an den Tag gelegt, als ihre Freunde mit Handgranaten und Pistolen auf die Bevölkerung losgingen und als am vorigen Montag den Berliner Krankenhäusern das elektrische Licht abgeschnitten wurde. (Erneuter tobender Lärm. Zurufe: Gemeinheit! Schuft!)

Der Antrag Braß wird abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Dritte Lesung der Verfassungsvorlage.

Reichskommissar Dr. Preuß: Die Nationalversammlung ist zustande gekommen. Sie hat die Verfassung zustande gebracht und ist im Begriff, sie zu verabschieden. Nach einem solchen Kriege, nach solch ungeheuren Täuschungen und Enttäuschungen mußten mehr oder weniger erhebliche Störungen der gewohnten Ordnung eintreten. Immerhin waren es wenige, dank der Mäßigung und der Selbstbeherrschung der ohne jeden Widerstand siegreichen Revolution. Ich halte es für richtig, anzuerkennen, mit welcher Mäßigung und Selbstbeherrschung die Sozialdemokratie die Grundlage der Demokratie zu Ehren gebracht und sich dadurch einen Verdienst in Deutschland erworben hat. Die Republik ist die Sache der großen Volksmehrheit, die zwischen rechts und der äußersten Linken steht, und gerade in dieser breiten Schicht, die das Verfassungswerk trägt, ist vielleicht nicht überall schon heute das volle Verständnis für die Bedeutung des Werkes vorhanden und noch nicht mit vollkommener Lebendigkeit erfaßt. Hieran tragen vielleicht gerade die führenden Schichten die Schuld und ihre aus der Gewohnheit der Vergangenheit übernommene allzu objektive Ueberpolitik. Wir haben die begründete Hoffnung, daß die nationale Einheit im Rahmen der Verfassung nicht nur gewahrt, sondern gestärkt und befestigt wird. Das ist auch für die Kreise zu beachten, die sich immer noch partikularistischen Hoffnungen hingeben. Die Wiederherstellung der kleinen Staaten liegt außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Ueber der Republik steht die nationale Einheit. Wenn sie von der monarchistischen Restauration bedroht würde, so wäre es nur durch eine einheitliche Monarchie für Deutschland. Die Widerstände auf dem Wege zur Verfassung waren ungeheuer groß. In der jetzigen Gestalt mag das Richtige getroffen sein. Diese Verfassung wird nur verstehen, wer Deutschland in seiner Eigenart versteht. Freilich, wenn jetzt die Verfassung in dieser Form beschlossen wird, fängt die eigentliche Verfassungsarbeit erst an. Wird sie gehandhabt im Geiste Goethes, so wird Deutschland einst unter ihr auf eigenen Füßen stehen, scharf und kühn.

Abg. Katzenstein (S.): Wir haben uns bemüht, die Verfassung mit sozialistischem Charakter zu durchtränken; wenn auch nicht alle unsere Wünsche durchgesetzt worden sind, so ist doch eine Grundlage für erfolgreiche sozialistische Erziehungsarbeit geschaffen worden. — Abg. Spahn (Ztr.): Der föderative Charakter des Reiches ist erhalten geblieben, allerdings hat der Verlauf unserer Beratungen erkennen lassen, daß die Natur der Dinge, durch die Finanznot unterstützt, auf den Einheitsstaat zutreibt. Der Vorzug der neuen Verfassung ist der in weitem Umfange gewahrte Rechtsschutz. Die Verfassung rechnet mit dem Fortbestand des Völkerrechtes, und sie schließt daher die Hoffnung auf den Völkerbund nicht aus. Für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen haben wir den Wunsch, daß eine Vertretung des Reiches beim Hl. Stuhle in Rom erfolgt. Nur die Arbeit kann uns wieder hochbringen; deshalb ist es zu begrüßen, daß der Arbeitsunterricht und staatsbürgerliche Tüchtigkeit Unterrichtsziele geworden sind. Der Abg. Spahn erörtert dann eingehend das Schulkompromiß und die Frage des Angestellten- und Arbeiterrechtes. Nach der Verkündung der Verfassung werden die politischen Parteien ihre Programme auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen müssen. Sie werden aus der Verfassung auch neue Impulse entnehmen. — Abg. Haußmann (D.): Die Schicksalsfrage in der Nationalversammlung ist gewesen, ob sie selbst in der Verfassung ist, eine Verfassung abzuschließen. Diese Aufgabe ist gelöst. Die Verfassung wird auf der reinen Grundlage der Mehrheit verabschiedet werden. Leider hat es den Anschein, als ob die Rechte die Verfassung ablehnen wird. Ich hoffe nicht dasselbe von der Deutschen Volkspartei. Die Herren auf der äußersten Linken werden, befürchte ich, ihr Uebermaß von Mißtrauen automatisch zu einem „Nein" bringen. Wir stimmen der Verfassung freiwillig zu, in der Hoffnung, daß sie ein Emporsteigen in das Volk hineintragen wird. Jetzt, wo wir unser Hauptwerk, die Verfassung, abschließen, erinnern wir uns an den Dank, den wir Weimar schulden, dafür, daß uns Weimar dieses Obdach gewährt hat. Wir wollen uns Weimar dafür erkenntlich zeigen, dadurch, daß diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und der Welt den Namen „Weimarer Verfassung" führen soll. (Lebhafter Beifall.)

Weiterberatung Mittwoch.

Der Friedensbrief des Nuntius ein Dokument ohne jeden Wert?

Einem Vertreter des „Excelsior" sagte Ribot, Erzberger sei zu seinen Enthüllungen nur aus innerpolitischen Gründen getrieben worden. Er bediene sich aller Waffen, die ihm in die Hände fallen, um die Alldeutschen, die immer noch vielen Einfluß besäßen, zu bekämpfen. Indem er gegen die Militärpartei vorgehe, habe er außerdem den Vorteil, eine bewiesene Meinungsverschiedenheit zwischen der englischen und französischen Diplomatie herausbilden zu können. Das Unglück für Erzberger und das Glück für Frankreich sei, daß die deutschen Mittel so plump erschienen, daß man mit Leichtigkeit ihre Absicht erkennen könne. England werde ohne Mühe seine vollkommene diplomatische Korrektheit beweisen können. Nicht einen Augenblick sei Frankreich in die ihm gestellte Falle gegangen. Frankreich konnte nicht daran denken, den verantwortlichen Urhebern eines ungerechten Krieges Vorschläge zu Unterhandlungen zu machen, solange nicht von seinem legitimen Anrecht auf Elsaß-Lothringen gesprochen wurde.

„Petit Journal" sagt, die Deutschen seien im Begriff, ihre schmutzige Wäsche zu waschen. Der Streit sei entstanden, weil die Alldeutschen Erzberger stürzen wollten. Das Blatt gibt folgende Einzelheiten über die Unterredung, die zwischen dem Kardinalstaatssekretär Gaspari und dem englischen Gesandten beim Vatikan stattgefunden hat. Der Kardinal habe herausgefühlt, daß eine mündliche Erklärung des englischen Gesandten der päpstlichen Friedensnote nur einen geringen Erfolg sichere. Er habe deshalb den englischen Diplomaten ersucht, ihm das Dokument zu überlassen, damit er seinen Inhalt genau wiedergeben könne. Der Gesandte habe darauf vom Schreibtisch des Kardinals die Schere genommen und den amtlichen Aufdruck abgeschnitten, damit das Dokument jeden diplomatischen Wert verliere. Kardinal Gaspari habe dann das Dokument dem Nuntius Pacelli mitgeteilt. Es habe sich also um eine Anzahl Mißverständnisse gehandelt, die vielleicht für die automatische Geschichte des Krieges interessant seien, die aber Deutschland nicht das Recht geben, von einem Friedensangebot zu sprechen. Würde es das aber tun, dann handle es in schlechtem Glauben. Frankreich habe sich lediglich formell einer englischen Demarche angeschlossen, aber nicht ohne Zaudern und Skrupel.

Graf Wedel.

Botschafter Graf Wedel veröffentlicht in den „Hamburger Nachrichten" zu den Behauptungen Erzbergers in Weimar, es sei unwahr, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um sich über die indiskrete Verwendung des Czerninschen Berichts zu verantworten, die folgenden Mitteilungen:

Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichts zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Brief des Grafen Czernin heißt es wörtlich: „Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von einem Bericht erhalten und die schwerste Indiskretion begangen. Er kam nach Wien, um mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein." Es existieren über diese Vorgänge nicht nur die Briefe Hohenlohes, sondern noch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Erzberger bedenken. Staatssekretär v. Kühlmann weiß auch die Wahrheit.

Tagesereignisse.

— **(Ein Abänderungsantrag zur Reichspräsidentenwahl.)** Die Sozialdemokratie hat zur dritten Lesung der Verfassung einen Abänderungsantrag eingebracht, wonach der Reichspräsident nicht von der gesamten Bevölkerung, sondern vom Reichstag und Reichsamt gewählt werden solle.

Westfalen u. Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 29. Juli. Der Einladung zur Stadtverordnetensitzung am Montag waren 28 Stadtverordnete gefolgt. Vom Magistrat waren Stadtrat Lepke und Bürgermeister Dr. Wiesner anwesend. Den Vorsitz führte Stadtverordneten-Vorsteher Nieft und das Protokoll Stadtv. Vonhoff.

Eingangs wird Kenntnis gegeben von einer Verfügung des Ministers des Innern vom Mai d. J., worin auf den noch zu Recht bestehenden § 30 der Westfälischen Städteordnung hingewiesen wird, wonach Stadtverordnete nicht gleichzeitig Magistratsmitglieder sein können. Stadtv. Kupperschlag meint, diese Verfügung sei bereits überholt durch einen Beschluß der preußischen Landesversammlung, nach dem Stadtverordnete wohl Magistratsmitglieder sein können.

Die Errichtung eines Berufsamtes

wurde dann beschlossen. Nach einem Erlaß sämtlicher Ministerien vom 18. März sollen in allen Kreisen und Städten über 10 000 Einwohner Berufsämter gebildet werden, durch die die Berufsberatung planmäßig gefördert werden soll. Städte, die kein eigenes Berufsamt bilden, werden als Berufsamtsstellen dem Kreis-Berufsamt angeschlossen. Das Berufsamt soll hier dem städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen werden. Der Berufsberater, der stets der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises ist, soll die Schulentlassenen in geeigneter, individueller Weise beraten. Anschließend daran wird die Lehrstellen-Vermittlung einsetzen, die alle Berufe, außer den sogen. höheren Berufen, umfaßt. Die Einrichtung von Elternabenden ist ins Auge gefaßt. Der Magistrat hat beschlossen, ein Berufsamt zu bilden und die entworfenen Sitzungen genehmigt. Dem Leiter des Berufsamtes steht ein Beirat zur Seite, der gebildet wird aus Vertretern des Großgewerbes (Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.), Handwerk (Innungen), Kaufmannschaft (Verein für Handel und Gewerbe), Landwirtschaft (Landw. Lokalverein), Arbeiterschaft (Zahlstelle Kamen des Bergarbeiter-Verbandes); außerdem werden der Jugendpflege-Ausschuß und die Handlungsgehilfen-Verbände Vertreter entsenden. Weiter soll Dr. med. Schulte-Cranewinkel dem Beirat angehören.

Stadtv. Debus fragt an, ob der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises Weber diese Arbeit noch mit übernehmen könne oder ob eine besondere Kraft nötig sei. Bürgermeister Dr. Wiesner erklärt, daß eine besondere Kraft nicht benötigt werde. Die Stadtverordneten stimmten dann der Errichtung des Berufsamtes zu.

In den Wirtschaftsausschuß

wurde s. Zt. Stadtrat Lifmann gewählt. L. hat die Wahl nicht angenommen. Es wird als Ersatz Stadtv. Ahlert vorgeschlagen. Bürgermeister Dr. Wiesner macht darauf aufmerksam, daß eine bestimmte Anzahl Stadtverordnete resp. Bürger den W.-A. bilden sollten und bittet, Herrn Strelinski in die Freistelle zu wählen. Stadtv. Hußmann weist darauf hin, daß Herr Lifmann als Bürger in den W.-A. gewählt wurde und deshalb auch nur ein Bürger und kein Stadtverordneter in Frage komme. Vorgeschlagen werden die Herren Metzgermeister Hugo Jacoby und Bäckermeister Schmidt, als Obermeister der Bäcker-Innung. Ersterer erhält 13, letzterer 15 Stimmen und ist Schmidt somit gewählt.

Die anliegenden Nachbargemeinden sind sämtlich gebeten worden, sich dem in Kamen errichteten Mietseinigungsamt anzuschließen. Die Sitzungen sollen in Kamen sein, bei Ortsbesichtigungen tragen die Kosten die betr. Gemeinden. Nachdem die Stadtverordneten Nieft und Hußmann für die Angliederung gestimmt, wird derselben zugestimmt.

Den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, soll ein neuer Tarif zur Erhebung der Kosten für Leichenfuhren sofort nach der Veröffentlichung in Kraft treten. Danach kostet das Fahren in Kamen selbst 10 Mark, von den angrenzenden Gemeinden aus 22 Mark und weiter darüber hinaus 24—32 Mark. Der Magistrat hat dem neuen Tarif zugestimmt und die Stadtverordneten schließen sich dem an.

Ueber das Ortsstatut über Straßenbaubeiträge

referiert Stadtv. Müller. Das Statut bezwecke, festzulegen, die Anwohner von zu errichtenden neuen Straßen zu den Herstellungskosten heranzuziehen. Durch die Anlage einer neuen Straße hätten die anliegenden Grundbesitzer eine Gewinn-Vermehrung ohne etwas dafür zu tun. Und da sei eine Heranziehung zu den Kosten gut und billig. Auch zu der Anlage von Bürgersteigen sollten die Anlieger zu den Kosten herangezogen werden. Ein Unterschied sei vorgesehen bei lebhaft benutzten sog. historischen Straßen, wo die Anlieger weniger scharf herangezogen werden sollen und bei solchen Straßen, an deren guten Zustand weniger die Allgemeinheit als die Anlieger selbst ein Interesse hätten. Hier könne eine Heranziehung bis zu 75%, bei den ersteren von 20% erfolgen. Heute handele es sich darum, dem Ortsstatut generell zuzustimmen. Ueber die Höhe der Kosten solle die Stadtverordneten-Versammlung von Fall zu Fall entscheiden. Referent empfiehlt die Annahme des neuen Ortsstatus. — Stadtv. Eggert kommt mit großen Plänen und schlägt vor, bei Neuanlage von Straßen alle anliegenden Grundstücke zu enteignen. Der Wertzuwachs komme dann der Stadt zugute. — Stadt. Kupperschlag weist auf die Kämerstraße hin, deren Bürgersteige sehr im Argen lägen. Bürgermeister Dr. Wiesner erwidert, daß nicht früher mit der Verbesserung begonnen werden könne, als bis das Ortsstatut vorhanden sei. — Stadtv. Hußmann kann sich nicht mit der Bevorzugung der sog. historischen Straßen (West-, Ost-, Nord-Bahnhofstr. usw.) befreunden. Durch den starken Verkehr hätten die Anlieger auch eine Steigerung des Wertes ihrer Grundstücke. Eine Bevorzugung sei nicht angebracht. Es entspinnt sich dann eine längere Debatte, ob die Heranziehung der Anlieger zu den Straßenbau-Kosten nur bei der Anlage von neuen Straßen vorgesehen sei. Der Referent Müller betont, daß nach dem Statut nur neue Straßen in Frage kommen könnten, wenn auch die schon bestehenden Straßen einbegriffen sein sollten, könne er die Annahme des Statuts nicht empfehlen, während Bürgermeister Dr. Wiesner erklärt, daß auch die Anlieger schon bestehender Straßen zu den Kosten herangezogen werden sollten. Jedenfalls zeigte sich bei den Ausführungen wie wichtig und unbedingt nötig es ist, wie in anderen Städten so auch den hiesigen Stadtverordneten und der Presse eine Abschrift der betr. neuen Statute, Verordnungen und Verfügungen zuzustellen, damit diese sich vorher mit der Sache befassen und ein Urteil bilden können. Bei der Vorlesung und dem Referat finden oft äußerst wichtige Fragen nicht die genügende Betonung. Die Red.) Stadtv. Kupperschlag schlägt vor, die Angelegenheit zu zu vertagen, die Sache sei zu wichtig un nicht genügend geklärt. Stadtv. Jacobi schließt sich dem an, während der Bürgermeister gegen die Vertagung ist, da dieses nur ein Mantelgesetz sei und den Stadtverordneten vorbehalten bleibe, von Fall zu Fall zu entscheiden. Eine Ausbesserung der Straße falle nicht unter das Statut, sondern nur bei Neupflasterungen seien die Kosten von den Anliegern mit zu tragen. Er verstehe, daß sich die Hausbesitzer nicht mit dem neuen Statut befreunden könnten, aber sie müßten sich damit befreunden, da sie doch ein besonderes Interesse an einem guten Pflaster hätten. Auch Stadtv. Strelinski kann verstehen, daß sich die Hausbesitzer wehren, wenn es an ihren Geldbeutel geht. Er frage die Hausbesitzer, ob denn die Arbeiter alles zahlen sollten. Man müsse für das allgemeine Wohl etwas tun. Er ersucht, den Satz für die Hausbesitzer nicht zu niedrig zu nehmen, da diese wohl zahlen könnten. Diesen Ausführungen der beiden Vorredner tritt Stadtv. Kupperschlag entgegen. Die Hausbesitzer prüften die Frage nur objektiv und bekundeten kein besonderes persönliches Interesse. K. kann sich nicht vorstellen, daß Hausbesitzer, die jahrzehntelang an einer Straße wohnen, nun auf einmal zu den Straßenbaukosten herangezogen werden sollen. Stadtv. Hußmann betont, daß gesetzlich der Hausbesitzer nicht herangezogen werden könne. Dem hält der Bürgermeister wieder entgegen, daß das Statut ein Neustatut sei und dem Gesetz entspreche. Stadtv. Müller tritt den Ausführungen des Stadtv. Strelinski entgegen. Eine scharfe Heranziehung der Anlieger bedeute einen Schlag ins eigene Gesicht, denn die Kosten spiegelten sich bei der Miete wieder. Wenn die Siedlungsgesellschaft auch zu den Kosten der Straßen herangezogen werden solle, dann würden die Gesellschafter schön staunen. Er verlangt eine genauere Präzisierung des § 2 des Statuts. Bürgermeister Dr. Wiesner erklärt, daß die Straßenbaukosten bei der Kleinsiedlung in die Baukosten schon einkalkuliert seien. Bei dem neuen Statut handele es sich um die Verbesserung der Straßen, und um eine gerechtere Verteilung der Kosten. Stadtv. Jacobi ist grundsätzlich nicht gegen die Belastung der Hausbesitzer, obwohl er selbst Hausbesitzer ist. Diese Straßenbaukosten könnten den Hausbesitzer aber derart belasten, daß sein Besitz überhaupt in Frage gestellt sei. Solch wichtige Frage müsse erst reiflich überlegt, geprüft und Erkundigungen bei anderen Städten eingezogen werden, ehe man einen so weitgehenden Beschluß fasse.

Vorsteher Nieft ist, obwohl Hausbesitzer, für das Statut, das gesetzlich sei. Er warnt aber, die Schraube zu stark anzuziehen. Herr Debus weist auch auf die Folgen hin und mahnt zur Vorsicht.

Der Antrag Kupperschlag auf Vertagung wurde bei der Abstimmung abgelehnt, die Majorität entschied sich für die Annahme des Statuts.

Von der regelmäßigen Kassenprüfung, bei der Erinnerungen nicht gezogen wurden, wurde Kenntnis gegeben.

Ueber die

Verwendung der Bestände und Vorschüsse

aus dem Rechnungsjahr 1918 referiert Stadtv. Cordes. Die Stadtkasse hat einen Bestand von 54 765 Mk., die Gasanstalt einen solchen von 22 324 Mk. und die Wasserwerkskasse einen Bestand von 54 178 Mk. Die Kasse des Schlachthofes schließt mit einem Vorschuß von 62 886 Mk. und die Gymnasialkasse mit einem Vorschuß von 10 000 Mark ab. Die Vorschüsse haben sich, wie der Referent bemerkt, nicht im letzten Jahre herausgebildet, sondern seit 1914. Herr Cordes schlägt vor, den Bestand der Stadtkasse auf 1919 zu übernehmen resp. den Betrag bereitzuhalten zur Deckung etwaiger Mehrausgaben in diesem Jahre, und die Bestände der Gasanstalt und des Wasserwerks zum Ausgleich des Vorschusses der Schlachthofkasse zu verwenden.

Stadtv. Müller hält es für richtiger, 20 000 Mark des Stadtkassenbestandes einem Ausgleichsfonds zuzuführen, den man in Zeiten der Not gut verwenden könne. Die Verwaltung könne sonst leicht in Versuchung geraten, den Etat zu überschreiten. Bürgermeister Dr. Wiesner ist im allgemeinen für die Stärkung des Ausgleichfonds, aber in diesem Falle nicht. Er halte sich streng an die Etatziel, trotzdem sei der Etat jetzt schon überschritten um 40 000 Mark, und diese Summe würde sicher auf 80 000 Mark anwachsen. Die Schuld liegt bei der Etataufstellung, da dieser nicht sicher genug erfolgen konnte. Der nächsten Sitzung der Stadtverordneten würde eine Vorlage gemacht um Nachbewilligung von 60 000 Mark.

Vorsteher Nieft wünscht, daß die Schlachthofarbeiter genügend beschäftigt würden. Stadtv. Eggert kommt auf die Dienststunden des Schlachthofdirektors Meyer zu sprechen. Hierauf erwidert der Bürgermeister, daß beim Schlachthof nur ein Arbeiter beschäftigt werde. Mit der Gehaltsfrage des Direktors Meyer beschäftigt sich der Magistrat schon lange. Eine Vorlage betr. Gehalt, Dienststunden, Urlaub usw. des Direktors werden demnächst kommen.

Der kath. Jünglingsverein hat die Turnhalle in der Wilhelmschule für 25 Mark jährlich gemietet. In den Jahren 1917 und 1918 hat der Verein die Halle nicht benutzt. Die eingesetzte Miete wird niedergeschlagen.

Ueber die

Einrichtung einer Einwohnerwehr

referiert Stadtv. Kupperschlag. Die Einwohnerwehr werde von der Reichsregierung empfohlen, weil man mit der zugebilligten Wehrmacht die Ruhe und Ordnung im Reiche nicht aufrecht erhalten könne. Das gesamte Bürgertum solle zum Selbstschutz aufgerufen werden. Die Mitgliedschaft solle sich auf alle Kreise erstrecken. Die Einwohnerwehr solle aus der Sicherheitswehr heraus gebildet werden. Redner gibt die allgemeinen Bestimmungen bekannt. Jedes Mitglied hat sich auf die neue Regierung eidlich zu verpflichten. Stadtv. Strelinski bemerkt, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen die Einwohnerwehr sei. Man stimme aber der Einrichtung zu, um späteren eventuellen Vorwürfen zu begegnen. Strelinski glaubt nicht, daß viele Arbeiter sich beteiligen würden. Man habe Bedenken. Die Errungenschaften der Revolution seien nicht so sehr verankert, daß er seinen Gegnern heute schon die Waffen in die Hand geben könne. Die Stadtverordneten sind für die Einrichtung der Wehr.

Am 20. Mai beschloß das Kollegium, daß für die Teilnahme an einer Stadtverordneter- oder Kommissionssitzung 6 Mark Entschädigung gezahlt werde. Für jeden sollte Abholungszwang bestehen. Der Magistrat konnte sich dem nicht anschließen, da der Abholungszwang gesetzlich nicht statthaft sei, und weiter die Entschädigung nur an Stadtverordnete, nicht auch an sonstige Bürger, die den Kommissionen angehören, gezahlt werden dürfen. Die Stadtverordneten tragen den Bedenken des Magistrats Rechnung und lassen den Abholungszwang fallen. Desgl. soll die Entschädigung nur an Stadtverordnete gezahlt werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Stadtv. Jacobi ist von der Gas- und Wasserkommission beauftragt, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen auf

Erhöhung des Gaspreises.

Hußmann ist dagegen, daß man immer wieder nach jeder Tagesordnung mit dringlichen Anträgen kommt. Hier sei er noch einmal dafür, aber im allgemeinen solle man dieses Verfahren ablehnen. (Sehr richtig!)

Stadtv. Jacobi begründet dann den Antrag. Durch die erhöhten Löhne, Verteuerung

---

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

1. Fortsetzung.

Seine laute, lustige Stimme klang deutlich zu ihr herüber. Sie hörte die Mutter auflachen — weiß Gott, was für Witze er ihr wieder erzählte, um sie bei guter Laune zu erhalten!

Unwillkürlich legte sie die Finger gegen die Ohren, um nichts zu hören.

„Ah, du wußtest noch nichts von dem großen Zauber morgen bei Likowskis?“ fragte Malte die ihm gegenübersitzende Mutter, indem er sich ein Brot dick mit gekochtem Schinken belegte. „Tante Likowski hat euch gewiß darum nicht eingeladen, weil sie eure geringe Neigung, Gesellschaften zu besuchen, kennt —“ Er hüstelte ein wenig. „Daß ihr mit euren Toiletten nicht darauf eingerichtet seid, weiß sie auch! Und außerdem hat Line es nicht verstanden, sich bei ihr ein wenig einzuschmeicheln! Tante Likowski muß man zu nehmen verstehen.“

„Du bist natürlich dabei, Malte?“

Er strich unternehmend das kleine, kurz geschnittene Bärtchen über die Oberlippe. „Selbstverständlich, Mama! Baron Fleming und Merkel von meinem Korps ebenfalls — man braucht Tanzbären, und Fräulein Blanche kann nicht genug Verehrer da haben —“

„Läßt du das so ruhig zu, Malte?“

„Warum nicht?“ Verwundert zog er die Augenbrauen hoch. „Was geht das mich an?“

„Sieh mal, Malte, ich hatte eigentlich gedacht, daß du und Blanche —“ kam es zaghaft von der Mutter Lippen.

Er lachte laut auf; etwas gezwungen klang es allerdings. „Denke lieber nicht, alte Dame! — Blanka Likowskis Ehrgeiz geht höher hinauf! Sie begnügt sich nicht mit dem durchgefallenen Referendar Malte Reinhardt, wie meine teure Schwester sich liebevoll auszudrücken pflegt, wenn er auch ein Baron ist! Ich bin ihr dennoch nicht das „Ziel, aufs innigste zu wünschen“!“

„Wie ich glaube, wenn du dich ernstlich bemühen würdest —“

Er lächelte ein selbstgefälliges Lächeln.

„Nun ja, den ersten Kuß bekommt ihr Zukünftiger nicht mehr von ihr — daß weiß niemand so bestimmt wie ich! — Aber wer kennt sich in Blanka aus?“ Eine kleine Verägerung klang doch aus seinen letzten Worten.

„Mein Herzenswunsch ist es! Malte, du wärst geborgen — Tante Likowski ist sehr reich — —“ in stockendem Flüsterton setzte sie hinzu — „ich kann beim besten Willen nicht mehr. Denn—“

Bei seinem unwillig-erstaunten Blick brach sie verschüchtert ab. Er hatte eine so unbequeme Art, sie anzusehen, daß sie sich förmlich duckte.

„Aha, pfeift der Wind aus der Richtung? Fräulein Gwendoline, ich höre deine Stimme —“

Nervös spielten Frau Reinhardts Finger mit dem Besteck.

„Malte, ich hatte zu viele Ausgaben, glaube mir! Die Miete muß gezahlt werden —“

„Ich wohl nicht?“ unterbrach er sie. „Wenn ich an meine Korpsbrüder denke — ordentlich schäbig komme ich mir vor — ein Glück wenigstens, daß ich nicht mehr aktiv, sondern schon alter Herr bin —! Ich drücke mich so viel wie möglich von allem — aber man hat dennoch Verpflichtungen, muß seine Zukunft berücksichtigen! — Gwendoline will das alles natürlich nicht einsehen “

Unmutig warf er seine Serviette hin und schob geräuschvoll den Stuhl zurück. Er sah: heute kam er nicht gelegen mit seiner Forderung. Außerdem horchte Gwendoline sicher im Nebenzimmer. Er mußte morgen oder übermorgen wieder vorsprechen, wenn die Schwester nicht zu Hause war.

„Es wird Zeit für mich, zu gehen, Mama. Ich habe Tante Likowski versprochen, noch mit dem Blumenhändler persönlich zu verhandeln. Blanche hat wegen der Tafeldekoration noch eine andere Idee bekommen. Also Adieu, Mama!“ Er klopfte der Mutter wohlwollend auf die Schulter und eilte davon, ohne sich noch von

Die Baronin Reinhardt räumte das gebrauchte Geschirr ab, trug die leeren Bierflaschen hinaus und deckte den Tisch von neuem für zwei Personen.

Gwendoline kam herein, im Hut und Jackett. „Ich gehe noch zehn Minuten an die Luft. Will sehen, ob der Schuhmacher meine Stiefel fertig hat! Möchtest du mir gleich drei Mark fünfzig geben, Mama?“

„Ach, das hat doch noch Zeit bis morgen, Gwendoline. Willst du denn bei dem windigen, trüben Wetter noch ausgehen? Es ist schon halb sieben —“

„Ich fühle das Bedürfnis dazu nach drei Stunden Arbeit,“ sagte sie kurz und seufzte. Sie wußte, die Mutter wollte ihren Gang zum Schuhmacher noch hinausschieben, weil sie für die Tochter nicht das nötigste Geld übrig hatte, während es dem Sohn bereitwillig überlassen wurde. Wie litt sie doch unter diesen Ungerechtigkeiten!

Als sie die Straße ein Stück hinaufgegangen war, fuhr ihr ein heftiger Windstoß entgegen, so daß sie den Hut mit beiden Händen festhalten mußte, wobei ihr ihr Täschchen entfiel. Sie wollte sich danach bücken, doch da war ihr ein Offizier schon zuvorgekommen, der ihr die ein wenig abgenützte Lackledertasche überreichte. Verlegen stammelte sie ihren Dank. Der Offizier legte grüßend die Hand an die Mütze, sah in ihr schönes, errötendes Gesicht und zögerte ein wenig, ehe er weiterging. Nach wenigen Sekunden blieb er stehen, um der hochgewachsenen, schlanken Mädchengestalt nachzusehen, die sich ebenfalls, ehe sie um die Ecke bog, nach ihm umdrehte.

Heiß schlug ihr das Blut ins Gesicht, das hatte sie noch nie getan, sich nach einem Manne umgewandt! Sie schämte sich — und doch: sie hatte einer sie förmlich zwingenden Macht gehorchen müssen.

Und der dunkeläugige Artillerist war ihr auch nicht mehr fremd. Wie oft war er ihr, da er in der gleichen Straße wohnte, schon begegnet, wenn sie, die Büchermappe unter dem Arm, nach dem Institut ging! Und jedesmal hatte sie seine bewundernden Blicke gefühlt — und auch mit einem scheuen, verstohlenen Augenaufschlag erwidert.

Sie wartete bei jedem Ausgang förmlich darauf, ihn zu sehen, und diese kurze Begegnung machte sie für den ganzen Tag froh.

Zweites Kapitel.

Schweigend saßen sich am nächsten Mittag Mutter und Tochter gegenüber. Gwendoline stocherte in dem Milchreis herum, der etwas angebrannt schmeckte. Die Baronin machte ein beleidigtes Gesicht; die Art ihrer Tochter konnte sie manchmal zur Verzweiflung bringen. Wie ein stiller Kampf war es zwischen ihnen; des einen Gegenwart war dem andern oftmals eine Last, ein Vorwurf, und schwer litten beide unter den täglichen, kleinlichen Nadelstichen des Lebens. Gwendoline wußte: die Mutter wollte noch sparen; darum gab es heute kein Fleisch, und sie kam immer mit einem so gesegneten Appetit heim aus der Schule, vom Lernen angestrengt, daß sie wohl Anspruch auf ein reichliches, sorgfältig zubereitetes Mittagmahl hatte — aber auf Kosten des Bruders mußte sie beinahe darben. Dem sollten gewiß wieder einige Extrawünsche erfüllt werden!

Sie stand auf, trug die Teller in die Küche und füllte heißes Wasser in die Spülschüssel, um das Geschirr zu reinigen.

„Warum tust du das, Gwendoline?“ Die Mutter war gefolgt. „Es ist doch nicht deine Arbeit.“

„Du sagtest doch am Morgen, daß die Aufwartefrau heute nicht kommen könnte, und klagtest über die viele auszubesserende Wäsche — ich sah im Arbeitskorb auch Maltes seidene Strümpfe und Unterzeug —“ entgegnete Gwendoline ruhig, indem sie die Blusenärmel hochstreifte und nach einer Küchenschürze griff.

Heftig riß ihr die Mutter die Schürze aus der Hand.

„Laß das! Ich werde auch so fertig! Du bringst mich noch zur Verzweiflung mit deinen ewigen Sticheleien — für solche Hilfe danke ich dann.“

„Wieso Sticheleien? Wenn ich sage, was du für Malte zu tun hast?“

„Weil du dir stets noch etwas Besonderes dabei denkst! Glaubst du, ich fühle das nicht heraus? — Ach, wie machst du mir doch mein ohnehin schweres Leben noch schwerer.“

„Und du mir das meine! Es ist wirklich herrlich, Mutter!“ Da stehst du dich hin und verrichtest Küchenarbeiten, und von mir wird beinahe das gleiche verlangt! Du weißt, ich scheue mich keiner Arbeit — aber das hier raubt mir meine Zeit —“ sie nahm ein Geschirrtuch, um die Teller abzutrocknen.

„Ich verlange es ja nicht von dir —“

„Und ich kann es nicht sehen, wenn du, du Baronin Reinhardt, dich so abarbeitest! Ich bin nicht so blind und dickfällig wie Malte —“

„Malte — immer Malte —“

„Ja, immer Malte! Denn er trägt die Schuld daran, daß wir uns so einrichten müssen. Laß es dir ruhig einmal von mir sagen, wie er flott drauflos lebt, ohne die geringste Rücksicht auf uns —“

„Gwendoline —“

„Ja, Mama, du willst nicht hören, wenn ich ihn tadele! Du bist blind, glaubst ihm alles, was er dir von zukünftigem Dichterruhm oder fabelt, weil er da einmal ein paar Gedichte und Skizzen untergebracht hat —“

„Ich bitte dich, Gwendoline, höre auf! Dein Neid auf ihn läßt dich ungerecht werden und alles schwärzer sehen, als es ist —“ unterbrach die Baronin sie erregt.

Die Angeredete warf empört das Geschirrtuch hin; nur mühsam bezwang sie den in ihr kochenden Groll.

„Neid? — Neid ist mir fremd, Mama, obwohl ich Grund hätte, neidisch auf meinen Bruder zu sein, der so vor mir bevorzugt wird! Er trägt seidene Strümpfe und seidene Unterwäsche — ich hab' nicht mal 'ne seidene Bluse — er geht in die Theater — und ich —? Mein Gott, wann hab ich mal eine Oper gehört! Du steckst ihm alles, alles zu! Er gibt Trinkgelder so nobel, wie ich nicht Taschengeld habe! Ah, glaubst du, ich weiß nicht, daß du um ihn schon längst das Kapital hast angreifen müssen?“

„Und gerade den heutigen Tag wählst du mir das alles zu sagen, wo ich mich nicht besonders wohl fühle —“ Frau von Reinhardts Stimme brach in Tränen. „Du gehst nur darauf aus mich zu kränken —“

„Weil ich dir die Augen öffne, um dich vor späteren größeren Sorgen zu bewahren! Doch du willst es ja nicht besser! Malte geht dir über alles!“

„Geh, Gwendoline, laß mich allein! Ich werde hier auch ohne dich fertig! — Mache deine Arbeiten —“

Schweigend gehorchte das junge Mädchen dem Gebot der Mutter.

(Fortsetzung folgt.)

*

der Kohle und Verkürzung der Arbeitszeit ist der im März aufgestellte Etat der Gaskasse jetzt schon um 103 000 Mark überschritten worden. Eine sofortige Erhöhung des Gaspreises ist unumgänglich. Die Kommission schlägt vor, den Preis für Gewerbegas auf 40 Pfg., für Leuchtgas auf 50 Pfg. zu erhöhen.

Die Stadtverordneten sind für die Erhöhung, da die Gasanstalt die Selbstkosten decken muß und da andere Städte wie Unna usw. längst erhöhten.

Die Stadtverordneten der sozialdemokratischen Partei weisen in einer Eingabe auf die Not hin, in der die durch Fleischvergiftung betroffenen Familien sich befinden. Es sei moralische Pflicht der Stadt, zu helfen. Wenn die Stadt für die Unterstützung nicht in Frage komme, dann solle sie auf die Regierung drücken. Die Eingabe wird an den Magistrat überwiesen.

Der Herr Bürgermeister Dr. Wiesner vermißt mehrere Sachen auf der Tagesordnung, die dem Vorsteher zugegangen seien. Es sei gesetzlich nicht richtig, wenn der Vorsteher Sachen nicht auf die Tagesordnung setze, sondern die Stadtverordneten-Versammlung selbst müsse darüber entscheiden.

Die Anstellung der Stadtpflegerin, die Volkshochschule, die Erhöhung der Kokspreise seien solche Sachen, deren Erledigung er jetzt noch vor Antritt seines Urlaubs wünsche.

Stadtverordneten-Vorsteher Niest weist entschieden den Vorwurf des Bürgermeisters zurück. Er setze alles auf die Tagesordnung, was er früh genug bekomme. Er könne aber nichts bekannt geben, wenn er keine schriftliche Unterlage habe. So verhalte es sich mit den vom Bürgermeister angezogenen obigen Punkten.

Die Stadtverordneten erkennen darauf die Dringlichkeit nachstehender Punkt: Stadtpflegerin und Volkshochschule, nahmen an und beschäftigten sich mit der Verhandlung.

Vorsteher Niest trägt die Wünsche seiner Partei vor, die für die Stadtpflegerin eine linksstehende Persönlichkeit wünscht, die im Verein mit einem politisch linksstehenden Gemeindewaisenrat Hand in Hand arbeitet. Seine Partei habe deshalb gewünscht, die Auswahl selbst zu treffen. Jetzt sei aber zu hören, daß der Magistrat die Wahl der Stadtpflegerin tätige. Stadtverordneter Müller weist darauf hin, daß es grundfalsch sei, von der Stadtpflegerin zu verlangen, sich in ihrer Arbeit nach irgendeiner Partei zu richten. Er fasse die Arbeit der Pflegerin wie die der Stadtverordneten selbst so auf, daß ihre Tätigkeit über den Parteien stehen müsse, wenn sie auch von den Parteien aufgestellt und gewählt seien. Sonst müsse man 4 Pflegerinnen anstellen. Die Partei dürfe keine Rolle hierbei spielen, sondern sachlich müsse man arbeiten. Nachdem noch Stadtverordneter Strelinski erklärt hatte, daß man mit der Persönlichkeit als Stadtpflegerin nicht zufrieden sein könne, wird ein Gehalt bis zu 3600 Mk. für die Stadtpflegerin bewilligt.

Für die Errichtung der Volkshochschule wurden nach einem ausführlichen Referat des Herrn Bürgermeisters 1000 Mark bewilligt. Den gleichen Betrag hatte der Magistrat bereitgestellt. In den Bildungsausschuß sind die Stadtverordneten Eggert, Kümperschlag, Grieger, Strelinski und Müller gewählt, außerdem gehören demselben drei Magistratsmitglieder an. Weiter soll der Ausschuß ergänzt werden durch eine Anzahl Bürger, die für die Volkshochschule Interesse bekunden.

*

Kamen, 30. Juli. (Verschiedenes.) In der 29. Jahreswoche vom 13. bis 19. Juli sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von **übertragbaren Krankheiten** amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 1 (Mark), Kindbettfieber 1 (Altenbögge), Scharlach 3 (je 1 Rünthe, Kaiserau, Westick), Unterleibstyphus 4 (je 1 Westick, Herringen, Pelkum, Bröndenberg); Todesfälle durch Tuberkulose 2 (Unna). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 49 (3), Genickstarre 3, Kindbettfieber 7 (2), Körnerkrankheit 4, Tuberkulose (88), Pocken 10 (1), Ruhr 29 (2), Scharlach 76 (1), Unterleibstyphus 25 (4), Paratyphus 7, Fleischvergiftung 1 (1).

Die Reichsbekleidungsstelle weist erneut darauf hin, daß zu den versorgungsberechtigten Personen, die Anspruch auf Gewährung eines Berechtigungsscheines haben, alle wirtschaftlich Schwachen, ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung, gehören; hierunter gehören keineswegs nur Angehörige aus Arbeiterkreisen, sondern insbesondere auch Beamte, Privatangestellte und selbständige Personen des Mittelstandes; besonders seien Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie kinderreiche Familien berücksichtigt werden.

(Schulvorstand und Schuldeputationen.) Auf eine Eingabe des Gemeindevorstandes zu W. im Kreise Dortmund hat der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verfügt, daß nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen zur Zeit eine Auflösung des Schulvorstandes und der Schuldeputation durch die Aufsichtsbehörde nicht zulässig ist. Die Neuwahl der Gemeindevertretung habe nicht ohne weiteres die Neuwahl der vorbezeichneten Wahlen zur Folge. Vorarbeiten dieserhalb seien im Gange.

Oesterreichische Staatsangehörige und Staatsangehörige nur aus Russisch-Polen, welche mit dem unwiderruflich letzten kostenlosen Heimtransport — bei freier Verpflegung während der Fahrt — in die Heimat zurückzukehren wünschen, werden aufgefordert, sich in Essen-Ruhr, Hauptbahnhof, Wartesaal 4. Klasse, einzufinden, und zwar österreichische Staatsangehörige am 8. August 1919 und Staatsangehörige nur aus Russisch-Polen am 14. August 1919, vormittags bis 12 Uhr. Ein Gepäck können nur Koffer, Körbe und Kisten mitgenommen werden. Die Heimkehrenden können ohne Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis lösen, ohne daß seitens der Arbeitgeber Lohnabkürzungen gemacht werden dürfen.

Der 17. Westfälische Zuchtviehmarkt der Landwirtschaftskammer für Bullen und Rinder, der in diesem Jahre wieder in Dortmund stattfinden soll, ist auf den 25. und 26. September festgesetzt. Der Markt beginnt am 26. September vormittags 9 Uhr, die Versteigerung in zwei Ringen am 26. September, vormittags 11 Uhr. Die auszustellenden Tiere (rot-schwarzbunter Tieflandschlag) sind bis spätestens zum 20. August unter Benutzung des vorgeschriebenen Anmeldebogens bei der Landwirtschaftskammer in Münster, Schorlemerstraße 3, anzumelden. Marktordnung und Anmeldebogen können von dort kostenfrei bezogen werden.

Wo bleibt die Molkerei-Butter? Diese Frage ist nicht einmal, sondern hunderte Male in allen Kreisen, allen Haushaltungen, im Wirtschaftsausschuß, überall dort, wo Menschen zusammenkommen, gestellt worden. Besonders laut wurde die Frage, wenn es mehrere Wochen hintereinander in den Nachrichten des Lebensmittelamtes hieß, es wird Margarine oder sonstiger Brotaufstrich ausgegeben. Eine Aufklärung wurde nicht gegeben und konnte nicht gut gegeben werden, da die von der Molkerei an die Stadt überlieferte Butter von dieser ausgegeben wurde. Mehrere Vergleiche in den Büchern haben diese Tatsachen bewiesen. Trotzdem wollte und konnte sich die gesamte Bürgerschaft nicht beruhigen. Man sah täglich, wie große Mengen Magermilch an der Molkerei ausgegeben wurden, stellte Vergleiche an und kam zu dem Resultat, daß die abgelieferte Butter nicht im Verhältnis zu der ausgegebenen Magermilch stehen könne. Und diese Zweifler haben Recht behalten, denn ein Vorkommnis in den letzten Tagen gibt den Grund ab zu der berechtigten Behauptung, daß in der Molkerei Butter hintenherum abgegeben wurde. Die Stadtverordneten Strelinski und Hecker beobachteten Freitag abend einen hiesigen Bürger W., der mit einem Paket aus der Molkerei kam. Als Mitglieder der Sicherheitswehr hielten sie, Verdacht schöpfend, den Mann an und stellten fest, daß das Paket 10 Pfund Butter enthielt. Es ergeben sich nun die Fragen: Wer hat die Butter abgegeben, wie ist es möglich, daß ein solch großer Posten auf einmal abgegeben werden konnte?, und weiter: wurden und wie wurden diese Einnahmen gebucht? In der Bürgerschaft wird vielfach auch behauptet, daß einige Tage vorher noch ein Korb, anscheinend Butter enthaltend, von der Molkerei zur Eisenbahn gebracht wurde. Aufklärung tut hier not und die Bürgerschaft muß und kann verlangen, daß gründlich Aufklärung geschaffen und ihr genügende Aufklärung gegeben wird. Es ist nicht so leicht, auf Butter zu verzichten, aber man blieb bisher ruhig, in der Annahme, daß nicht mehr ausgegeben werden konnte. Wenn man jetzt aber sieht, daß in der Molkerei große Mengen unter der Hand abgegeben werden konnten, die der gesamten Einwohnerschaft entzogen wurden, dann kann man die Erregung wohl verstehen. Der Wirtschaftsausschuß tritt heute nachmittag 4 Uhr zusammen, um zu der Molkerei-Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Der **Straßenbahnerausstand,** der im rheinisch-westfälischen Industriebezirk drohte, kann als beigelegt gelten. Durch die Vermittlung des Reichskommissars Severing wurde ein Schlichtungsausschuß eingesetzt, der aus je vier Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestand. Dieser Ausschuß hat einen Schiedsspruch dahin gefällt, daß die Löhne in drei Gruppen eingeteilt werden sollen. In Gruppe A soll der Anfangslohn 12 Mark täglich betragen und nach zwei Monaten auf 13 Mark, nach sechs Monaten auf 16,50 Mark steigen. In Gruppe B werden 50 Pfennig und in Gruppe C eine Mark weniger gezahlt. Wagenführer erhalten eine tägliche Zulage von einer Mark, die weiblichen Angestellten drei Viertel dieser Sätze.

? **Soest, 23. Juli. (Straßenraub.)** Einem Schüler aus Beckinghausen bei Dinker, der sich auf dem Wege nach Soest zur Kinderlehre befand, wurde unterwegs von einem Soldaten sein Fahrrad gewaltsam entrissen, mit dem der Soldat in der Richtung nach Soest davonfuhr.

*

Dortmunder Stadtverordneten-Sitzung.

Dortmund, 29. Juli. Der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung lag eine sehr umfangreiche Tagesordnung zugrunde. Zunächst ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Stadtverordneten für den Ausfall an Verdienst und persönliche Aufwendungen eine Entschädigung zu gewähren. Die Zentrumsfraktion gab zu diesem Antrage die folgende Erklärung ab: Wir lehnen den Antrag einstimmig ab. Das Amt eines Stadtverordneten betrachten wir nach wie vor als ein ehrenamtliches. Bei den Wahlen am 2. März hat jeder Kandidat gewußt, daß eine Entschädigung für Lohnausfall nicht gezahlt wird und daß dieses Amt mit Opfern verbunden ist. Wir waren und sind entschlossen, auch diese Opfer im Interesse unserer Mitbewohner jetzt und in Zukunft zu tragen. Wir dienen dadurch freier und unbehinderter den Bürgern und Arbeitern von Dortmund und ersparen der Stadtverwaltung eine nicht unerhebliche Ausgabe. Der Magistrat hatte zu dem Antrage keine Stellung genommen, die Entscheidung den Stadtverordneten anheimgestellt. Die Deutsche Volkspartei stellte sich auf den gleichen Standpunkt, sie beantragte aber, den Stadtverordneten freie Fahrt auf der Straßenbahn zu gewähren. Der sozialdemokratische Redner schätzt die der Stadt erwachsenden Kosten auf 42 900 Mark jährlich, eine Summe, die die Stadt leicht tragen könne. Der Antrag wurde nach längerer Aussprache mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Zur Bestreitung der Kosten für Sachverständige zur Abschätzung von Plünderungsschäden wurden 20 000 Mark bewilligt. Bei den Unruhen am 2. Juli ist eine Reihe von Geschäftsleuten fast vollständig ausgeplündert worden. Sie haben keine Waren, keine Einnahmen, und daher fast nichts zu leben. Die Stadt will den Leuten deshalb Darlehen geben. Die Stadtverordneten bewilligten für diesen Zweck 500 000 Mark. Herr Stadtverordneter Uhlmann hat erfahren, daß der Polizei eine Liste von Personen in die Hand gefallen sei, die durch Zahlung einer Abgabe sich vor Plünderungen geschützt hätten. Redner bittet, die Namen dieser öffentlich bekannt zu geben. Ein weiterer Antrag ging dahin, den Steuerpflichtigen bis zu 1200 Mark die ganze Jahressteuer, den Steuerpflichtigen bis zu 1350 Mark zwei Vierteljahresraten und bis zu 1500 Mark eine Vierteljahresrate zu erlassen. Der Ausfall soll den Steuerpflichtigen mit über 30 500 Mark durch einen Zuschlag von 10 Prozent auferlegt werden. Zwecks Beleihung von Gartenstadthäusern soll bei der Reichsversicherungsanstalt ein Betrag von 2 Millionen aufgenommen werden. Zwei neue Schulinspektoren sollen, da die Regierung darauf drängt, angestellt werden, da die beiden Inspektoren überlastet sind und die Verwaltung der Schule dadurch leidet. Die Zahl der Schulklassen beträgt in Dortmund 1000, die zurzeit von einem Schulrat verwaltet werden, da der zweite im Kriegswirtschaftsamt beschäftigt ist. Eine Stadtverordnete wünscht, daß die eine Stelle mit einer Dame besetzt werde. Zur Unterstützung der heimkehrenden Kriegsgefangenen wurden 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Es sind 5000 Heimkehrende zu erwarten.

(Aenderungen im Dortmunder Polizeiwesen.) Der Dortmunder Polizeidirigent Kienitz hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Der Magistrat hat dasselbe genehmigt und Herrn Kienitz, der zum Standesbeamten ausersehen ist, den Titel Magistratsrat verliehen. Zum Leiter der gesamten Polizei- und Sicherheitswehr (ausgenommen Sitten- und Gewerbepolizei) wurde der Kommandeur und Hauptmann der in Dortmund weilenden Regierungstruppen Herr v. Heeringen mit dem Titel Polizeihauptmann gewählt. Dem Polizeihauptmann wird ein Beirat von drei Stadtverordneten — Eilers (Soz.), Petri (Ztr.), Hehen (D. V.) — zugeteilt. Der bisherige Chef der Sicherheitswehr, Herr Major Walther, legt dieses Amt nieder und übernimmt wieder die Leitung des Luisenhospitals und der Badeanstalten.

*

§ **Hörde, 30. Juli. (Amtsniederlegung.)** In der am Montag stattgefundenen Sitzung des Kreistages für den Landkreis Hörde ließ nach dreistündiger Verhandlung der Landrat Dr. Luckhaus erklären, daß er sein Amt niederlege. Veranlassung dazu haben Differenzen zwischen den staatlichen und kommunalen Beamten des Kreises gegeben, die dazu führten, daß der erste Beamte des Kreises die Vertrauensfrage stellte und die Beseitigung eines Kreisausschußbeamten verlangte. Da die sozialdemokratische Mehrheit der Entlassung nicht zustimmte, erfolgte die Amtsniederlegung.

** **Bochum, 28. Juli. (Vereinigung der Elektrizitätswerke.)** Der Vorsitzende des Aufsichtsrats des kommunalen Elektrizitätswerks Westfalen, Landrat Gerstein, machte in einer Versammlung der Vertreter der an dem Elektrizitätswerk Westfalen beteiligten Kommunen die Mitteilung, daß die Absicht besteht, das Elektrizitätswerk Westfalen mit der Rhein.-Westf. Elektrizitätsgesellschaft zu vereinigen. Als Grund der Fusion wird der Kohlenmangel angegeben, der es den Werken unmöglich mache, die volle Elektrizitätserzeugung vorzunehmen.

(g) **Münster, 26. Juli. (Erhebliches Sinken der Ferkelpreise.)** Das vor vier Wochen eingesetzte Sinken der Ferkelpreise hat weiter angehalten. Vor Monaten standen die Preise noch auf 20 Mark pro Woche. Diese sanken dann auf 16 Mk. und stehen heute auf 12 Mark. In anderen Gegenden ist die Nachfrage sehr gering, so können z. B. im Waldeckschen die Ferkel nicht untergebracht werden und sind daher auch schon billiger zu haben.

Ibbenbüren, 29. Juli. Auf welche raffinierte Art und Weise jetzt versucht wird, die Landwirte zu betrügen, beweist nachstehender Fall: In der Bauerschaft Dickenberg gingen vor einigen Tagen von Haus zu Haus zwei als Krankenschwestern verkleidete Personen, welche sich in Begleitung einer männlichen Person befanden. Sie baten um Ueberlassung von Eiern, welche angeblich für das Krankenhaus in Rheine bestimmt seien. Eine Reihe von Familien schenkte den Angaben Glauben und überließ den Leuten Eier zu einem billigen Preise. Nach Erhalt der Eier wurde mehrfach bedeutet, daß für die Wohltäter gebetet werden sollte. Wie nun später festgestellt worden ist, handelt es sich um eine Gaunerbande.

? **Othlinghausen, 23. Juli. Tot aufgefunden** im Walde von Othlinghausen wurde ein hiesiges Mädchen im Alter von 15 Jahren. Neben sich hatte das Mädchen ein Körbchen mit Waldbeeren stehen. Das Gesicht weist Kratzwunden auf. Ueber die Ursache des Todes muß die eingeleitete Untersuchung Klarheit bringen.

(W) **Düsseldorf, 29. Juli. (Raubmord.)** In der Nähe von Werften wurde in einem Kornfeld ein unbekannter etwa 10 Jahre alter Mann erschossen aufgefunden. Der Täter, ein Mann mit einem Klumpfuß, hatte den Unbekannten unter dem Vorwand, daß er ihm Zigaretten verkaufen wollte, in das Feld gelockt und ihn dort durch einen Kopfschuß getötet. Der Mörder hat den Ermordeten um 20 000 Mark beraubt.

Weitere Nachrichten.

Der 23. Juni.

(TU) Von zuverlässiger wohlinformierter englischer Seite erfährt der Korrespondenz der „T. U." (wenn wir euch die Verantwortung für diese Meldung überlassen müssen) über die Stimmung, die am 23 Juni, am Tage, an welchem die Deutschland von den Alliierten bewilligte Bedenkfrist zur Annahme des Friedensvertrages ablief, im Vererat herrschte: Der Vererat habe damals sich um 2 Uhr zu einer Sitzung vereinigt, um die Antwort Deutschlands abzuwarten. Es herrschte große Spannung bei den Mitgliedern darüber, wie die Antwort ausfallen würde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen 4 Uhr die Antwort noch nicht eingetroffen war, entspann sich eine weitere Diskussion über die Deutschland eventuell zu gewährenden Milderungen. In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Vererat, einige Milderungen eintreten zu lassen. So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrscheinlich auf die mit ihm angeklagten Offiziere verzichtet werden. Um 4,25 Uhr wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an Deutschland begonnen. Bevor die Abfassung beendet war, traf um 4,40 Uhr die offizielle Nachricht von der deutschen Regierung über die bedingungslose Annahme ein, durch welche die Absendung der eben abgefaßten Depesche hinfällig wurde.

— (Französische Requirierungen in der Pfalz.) Die französische Behörde hat in der Rheinpfalz bedeutende Requirierungen von Ernteerzeugnissen in Aussicht gestellt. Dem Bezirk Berg, Zabern, Landau, Pirmasenz wurde die Verpflichtung auferlegt, über 50 000 Doppelzentner Heu innerhalb eines Jahres an die Besatzungsbehörde abzuliefern. Jede Ausfuhr von Heu und anderen Futtermitteln aus diesem Bezirk wurde verboten. Auch ein Teil der Kornernte wurde im Voraus mit Beschlag belegt. In Speyer und Ludwigshafen wurden Bekanntmachungen der französischen Kommunalbehörde erlassen, die die Veröffentlichung aller deutschen Bestimmungen in Zukunft von der Erlaubnis der französischen Militärbehörden abhängig machen.

— (Völlige Niederlage der ungarischen Roten Armee.) Die Rote Armee unter dem Kommando des früheren Advokaten Lanner hat eine völlige Schlappe erlitten. Die ganze Rote Armee ging fluchtartig auf das andere Ufer der Theiß zurück. Die rumänische Heeresleitung ist der Ansicht, daß die militärische Aktion gegen Ungarn in 10 bis 15 Tagen zu Ende geführt sein dürfte. Der Eindruck der Niederlage ist in Budapest ein niederschmetternder.

— (Augsburg ohne Gas.) Infolge der im Norddeutschland herrschenden Streiks haben die Kohlenzufuhren nach Augsburg fast ganz aufgehört. Das Gaswerk hat seinen Betrieb eingestellt. Die Stadt liegt nachts im Dunkeln. Auch an die Verbraucher wird kein Gas abgegeben.

— (Der Bankbeamtenführer Marx verhaftet.) Gegen den radikalen Bankbeamtenführer Emonts hat der Staatsanwalt wegen seiner Flucht und wegen seines Erscheinens bei einer Versammlung im Lehrervereinshause ein Ermittelungsverfahren eingeleitet. Zu diesem war auch der Führer des Allgemeinen Deutschen Bankbeamtenverbandes Marx als Zeuge vorgeladen und vernommen worden. Im Laufe der Verhandlungen kam der Staatsanwalt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß Marx die Flucht des Emonts begünstigt habe. Der Staatsanwalt hat gestern, da er eine Verdunkelung des Tatbestandes befürchtet, die Verhaftung des Marx verfügt.

— Blutige Zusammenstöße. In der Nacht zum Sonntag hatten in Berlin Polizeibeamte mehrfach Zusammenstöße mit Einbrechern, wobei es zu Feuerkämpfen kam. Ein Dieb wurde erschossen, ein anderer verletzt. Ferner wurde ein Gast von einem Schankwirt in Notwehr erschossen. Im Polizeipräsidium wurde ein Matrose von einem Soldaten niedergestochen.

— Schweres Fliegerunglück bei Swinemünde. Ein schweres Fliegerunglück hat sich gestern nachmittag um 5 Uhr am Strande von Swinemünde ereignet. In unmittelbarer Nähe der See stürzte ein Wasserflugzeug bei einer Kurve aus geringer Höhe ab. Das Flugzeug überschlug sich und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot Liebich war infolge einer schweren Brustquetschung sofort tot. Ein Fahrgast, der sich mit seiner Gattin auf der Hochzeitsreise befand, erlitt einen Schädelbruch und war nach wenigen Minuten tot. Seine junge Ehefrau hat einen Schenkelbruch davongetragen.

*

Kleine Nachrichten.

Luxemburg wird finanziell an dem Wiederaufbau von Verdun mitwirken und diese französische Nachbarstadt adoptieren.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit denen Zustimmung der Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingesandt.)

Kamen, 30. Juli. (Wo bleibt die Butter?) Seit mehreren Wochen sind die Bewohner der Stadt Kamen mit Margarine beliefert worden. In dieser Woche wird nun mal wieder gute Butter ausgegeben, aber „Auslandsbutter". Vielen Bürgern von Kamen ist es nicht verständlich, daß solange nur Margarine ausgegeben wurde und jetzt auf einmal wieder Auslandsbutter zur Verteilung gelangt. Wenn man des Morgens einmal beobachtet, wieviel Milch zur Molkerei gebracht und nachher eine Unmenge von Magermilch ausgegeben wird, muß man sich unwillkürlich fragen, wo bleibt die Butter, die die Molkerei herstellt. Es sind Fälle vorgekommen, daß den sehr erkrankten und alten Leuten, die unbedingt gute Butter haben mußten, die Butter verweigert worden ist, mit dem Bemerken, es ist keine gute Butter da. In einer Stadt wie Kamen, die ganz von Bauern eingeschlossen ist, wird doch die Molkerei soviel Butter liefern können, daß den kranken Leuten anstatt der Margarine nur gute Butter geliefert werden kann. Auch glaube ich, daß der übrigen Bevölkerung gute Butter zugewiesen werden kann. Vielleicht kann von irgend einer Stelle Auskunft gegeben werden. M.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Milchkarten-Ausgabe. Am Donnerstag, den 31. d. Mts., morgens von 8—10 Uhr sind auf der Polizei-Wachtstube die neuen Milchkarten gegen Abgabe der alten abzuholen.

Die Zusammenstösse mit den französischen Soldaten.

Die Tötung des französischen Sergeanten Manheim beschäftigt noch immer die Berliner Kriminalpolizei. Die Nachforschungen nach dem Täter sind bis heute erfolglos geblieben. Eine Aufklärung hat, wie eine polizeioffiziöse Korrespondenz mitteilt, der Zusammenstoß an der Kanzlerecke, der zwei Tage vorher stattfand und in ursächlichem Zusammenhang mit dem blutigen Vorfall in der Mittelstraße steht, gefunden. Es hat sich jener alte Mann gemeldet, der im Mittelpunkt des ersten Zusammenstoßes stand. Dieser Herr, der von Beruf Sänger und Komponist ist, gibt über die Entstehung der Schlägerei in der Friedrichstraße in ruhiger und sachlicher Weise nachfolgende Schilderung:

Als er in der Nacht zum Donnerstag, den 10. d. M., mit seiner Frau die Engpassage der Friedrichstraße zwischen den Linden und der Behrenstraße entlang ging, schritten vor ihm auf dem Bürgersteig ein Herr mit zwei Damen, vor diesen in einer Reihe, die ganze Breite des Bürgersteigs einnehmend, nebeneinander vier französische Soldaten und vor diesen zwei weitere Franzosen. Die Soldaten schienen in gehobener Stimmung zu sein und unterhielten sich ziemlich laut. Da sie nur langsam vorwärtsschenderten, der Herr mit den Damen es aber eiliger hatten und auf dem Bürgersteig nicht vorwärtskommen konnte, weil die Franzosen ihn sperrten, machte er einen kleinen Umweg, um sie zu überholen. In diesem Augenblick sprang einer der französischen Soldaten beiseite, wie der alte Herr sagt, machte er einen „Hopser" und trat dabei dem Herrn in die Hacken. Diesen Vorgang hatte der alte Herr genau beobachtet, weil er, als der Herr mit den Damen ausgebogen war, unmittelbar hinter den Soldaten herging. Er sah auch, daß der Franzose nicht gestolpert war, sondern mutwillig den Seitensprung gemacht hatte. Der Herr, dem er in die Hacken gesprungen war, sah sich um, verbat sich in ruhigem und höflichem Tone diese Anrempelung und ging dann seines Weges weiter. Dafür erhielt er von dem Franzosen die Antwort: „Deutsches Schwein". Als der Beleidigte trotzdem seinen Weg fortsetzte, ließen die Franzosen ihren Uebermut an dem hinter ihnen gehenden alten Herrn aus und machten über sein Aussehen allerhand abfällige Bemerkungen. Der Herr sagte dann zu seiner Frau, daß es doch bedauernswert sei, daß man sich solche Anpöbelungen als Deutscher von Franzosen auf deutschem Boden gefallen lassen müsse, kümmerte sich aber um die französischen Soldaten nicht weiter und ging seines Weges. Der Vorfall war aber von anderen Straßenpassanten beobachtet worden, die über das Gebaren der Soldaten entrüstet waren, Partei für den alten Herrn ergriffen und schließlich auf die Franzosen eindrangen. Diese ergriffen dann die Flucht nach dem Botschaftsgebäude, vor dem es zu der Prügelszene gekommen ist. Die Erbitterung, die über dieses Benehmen der Franzosen hervorgerufen ist, war dann in der Hauptsache die Veranlassung zu dem zweiten Zusammenstoß zwei Tage später, der zu der bedauerlichen Ausschreitung geführt hat.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 30. Juli. **(Die Czardasfürstin.)** Im großen Schützenhofsaale fand Sonntag abend seitens des Königsborner Kurtheaters (Dir. Jul. Benne) eine Aufführung der Operette „Die Czardasfürstin" statt. Die Vorstellung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die Leistungen des Ensembles sind mit „gut" zu bewerten. Ganz besonders lösten die bekannten Gesangsschlager beim Publikum lebhaften Beifall aus. Man hätte deshalb bei einzelnen wohl eine Wiederholung erwarten dürfen. — Auf die Ausstattung der Bühne hätte etwas mehr Wert gelegt werden können. Im übrigen ist die Aufführung als eine sehr wohl gelungene zu bezeichnen. Auch dem Orchester wollen wir unsere Anerkennung nicht versagen. Sehr unangenehm empfunden wurde die zeitweilige große Unruhe im Saale, die wohl darin ihre Ursache hatte, daß infolge der schlechten Akustik des Saales den weiter zurücksitzenden Besuchern manches gesprochene und gesungene Wort entging. Zu empfehlen ist auch für spätere Gelegenheiten ein festes Schließen der Saaltüren. — Wie wir hören, beabsichtigt Herr Direktor Benne für den Herbst und Winter in Kamen allwöchentlich eine Vorstellung zu geben. Wir begrüßen dies umso freudiger, als dem Kamener Publikum seit langem gute Theateraufführungen fehlten. Möchte es dem Königsborner Kurtheater gelingen, sich die Herzen der Kamener Theaterliebhaber bald in reichem Maße zu gewinnen.

Briefkasten.

M. E. 100 in Kamen. Wenn Sie die Waschküche gemietet und nicht nur zur Mitbenutzung hatten, können Sie Entschädigung verlangen. Andernfalls fiele ein solcher Anspruch fort, da Sie ja selbst auf den Gebrauch verzichtet haben.

B. 16 in Methler. Ob Sie Aussicht auf Annahme haben, läßt sich unter den heutigen Verhältnissen schwer sagen. Sie müssen es versuchen und sich an eine Schiffsreederei wenden, die Ihnen das Nähere mitteilen wird. Auch der Verein „Seefahrt" in Hamburg und die Seemannsschule in Hamburg werden Ihnen die nötigen Angaben machen können.

Danksagung.

Allen lieben Freunden und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust unsers so jäh aus dem Leben gerissenen lieben, herzensguten Gatten und Vaters sowie für die vielen herrlichen Kranz- und Blumenspenden, besonders Herrn Missionar Elger für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Betriebsführer Storkebaum und den Herrn Beamten und Angestellten der Schachtanlage Grimberg und den Führern der Parteien und allen Kollegen, die uns so hilfreich zur Seite gestanden haben, sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Gott möge jeden vor solch schwerem Schicksal bewahren.

Die tieftrauernde Witwe
Emma Dätzner
nebst Kindern und Verwandten.

Bergkamen, den 28. Juli 1919. 2991

Grabdenkmäler, Kriegergedenksteine
in Granit, Marmor und Sandstein. 2269
Otto Böddecker, Unna.

Inventar- u. Fohlenverkauf
Velmede.

Am Freitag, den 1. August 1919, vormittags 9 Uhr, läßt Herr Gutsbesitzer Schulte-Ostermann auf seinem Hofe wegen Einschränkung seiner Ackerwirtschaft nachstehend aufgeführte gebrauchte, noch sehr gut erhaltene Geräte öffentlich meistbietend gegen bar und Kredit verkaufen:

1 Kutschwagen, 2 Dreschmaschinen mit Göpel, 1 Dreschmaschine mit Selbstreiniger, 1 Mähmaschine (Selbstbinder), **7 Ackerpflüge, 1 Ringelwalze, 1 Wannemühle, 1 Rübenscheidemaschine, 1 Hedrigspritze, 4 Kummetgeschirre mit Lederssträngen, 1 Zentrifuge, 2 Kochherde, 2 Jährlings- und 1 Saugfohlen.** 2996

Töddinghausen. **Blödom.**

Amt Pelkum.

In der Woche vom 28. Juli bis 3. August 1919 werden verteilt:

30 Gr. Molkereibutter für 4,10 Mark das Pfund.
120 Gr. Inlands-Schmalz auf Einfuhrzusatzkarte Nr. 2 für 6,10 Mk. das Pfd.
290 Gr. Graupen als Kartoffelersatz für 0,44 Mk. das Pfund.
1½ Päckchen Milchsüßspeisen für 0,55 Mark ein Päckchen.

Außerdem werden 180 Gr. Nährmittel für die Person zu Preisen verausgabt, die in den Geschäften bekanntgegeben werden.

Marmelade wird markenfrei verkauft.

Bei den Metzgern wird Auslands-Schmalz aus freihändigem Ankauf zum Preise von 8,40 Mark das Pfund verkauft werden. Die Menge ist bei den Metzgern zu erfahren.

Ob die Lieferungen mit Fett so reichlich bleiben wie in dieser und der vergangenen Woche, ist nicht sicher; ich empfehle deshalb möglichste Sparsamkeit im Verbrauch.

Pelkum, den 28. Juli 1919.

Der k. Amtmann: gez. Friedrichs.

Einen Posten
Wiesenheu
hat noch abzugeben
W. Neff. Klosterstraße 19, Telephon 122. 3008

Methler.

Die Mutterberatung findet am **Freitag um 2 Uhr** im Gemeindehause statt.

Ein tüchtiges älteres
Mädchen
für kleinen ruhigen Haushalt (3 erwachsene Personen) zum 1. September gesucht. 3000

Frau Karl v. d. Heide,
Schlachthofstr. 10.

Ein ordentliches
Mädchen
von 14—15 Jahren kann zu Anfang August bei kleinem Landwirt Stellung erhalten. 2912

Zu erfr. in der Geschst.

Suche für J. Kadden in Hagen ein tüchtiges
Mädchen
für Haushalt und Küche.
Zu melden bei J. Kadden, Kamen. 2990

Zwei
Mädchen
gesucht für Haushalt und Landwirtschaft.
Näheres in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 2969

Junges schulfreies
Mädchen
für einige Morgenstunden gesucht. Zu erfr. in der Geschäftsst. 2995

Sauberes, jüngeres
Dienstmädchen
zum 1. August gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 2979

Morgenmädchen
gesucht. 2984
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

Jüngerer, unverheirateter Beamter sucht für sich und seine Mutter zu sofort od. bis zum Oktober 1919
eine Drei-Zimmer-Wohnung u. Küche
Angebote werden unter **K. G. 2993** an diese Zeitung erbeten.

Warnung!

Ich warne hiermit jeden, meiner Frau etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 3002

Straßenbahn-Wagenführer Aug. Müller,
Unnaerstr. 77.

Bei Sterbefällen kaufen Sie am besten und billigsten einen
Sarg
bei **W. Hillmann,** 2848 Westentor.

Haverkamps
Hilfeleistung
für Verrenkung, Verstauchung, Knochenbrüche sowie sämtliche Bewegungsbeschwernisse
Sprechzeit:
Kamen,
Restaurat. Haumann, Bahnhofstrasse,
jeden Dienstag und Freitag
von 9—10 Uhr vorm.
Unna,
Restaurat. W. Hencke am Markt,
jeden Dienstag und Freitag
von 3—5 Uhr nachm.

Herrenschuhe
aller Art und Größen verkauft preiswert. 2944
E. Becker, Dortmund,
1. Kampstraße 126, direkt am Körnerplatz.

Subin
2242
Ein bewährtes **Vorbeugungsmittel** für Schweine gegen **Lahmheit, Steifheit u. Knochenweiche** ist Subin. Pr. à Paket 3 Mk. Niederl. in Kamen u. Bergkamen **Drogerie von H. Jacobi.**

Eine gute 2987
Milchziege
zu verkaufen.
Wernerstr. 62.

Kinderwagen
fast neu zu verkaufen.
2994 **Koppelstr. 1.**

Natur Küche
mit Linoleum
1 Plüschsofa
billig zu verkaufen. 2997
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Zeitung.

Bekanntmachung.

Infolge Erweiterung des Staatseisenbahnfahrplanes wird ab 1. 8. 19 der Fahrplan der Kleinbahn Unna—Kamen—Werne kleine Aenderungen erfahren.

a) Strecke Unna—Kamen.

Der Wagen 9,38 Uhr fährt 9,48 Uhr ab Marktplatz Unna, demnach ab Unna Post 9,50 Uhr. Es werden die Zuganschlüsse 9,25 Uhr von Schwerte, 9,38 Uhr von Fröndenberg, 9,40 Uhr von Hamm und 9,44 von Dortmund abgewartet — Der letzte Wagen ab Unna Markt fährt 11,32 Uhr, den Zuganschluß von Dortmund 11,27 Uhr bei Unna Post bis 11,35 Uhr abwartend.

b) Strecke Kamen—Werne.

Um den Zuganschluß am Bahnhof Kamen 9,14 Uhr und 9,24 Uhr von Hamm nach Dortmund zu erreichen, fällt der Wagen ab Staatsbahnhof Kamen 9,10 Uhr aus. Derselbe fährt ab Staatsbahnhof Kamen nach Werne 9,30 Uhr und erreicht am Bahnhof Bergkamen—Werne 10,05 Uhr den Zuganschluß 10,09 Uhr. Ankunft und Abfahrt in Werne 10,35 Uhr und erreicht den Zuganschluß 10,58 Uhr nach Hamm am Bahnhof Bergkamen, welcher bis 11,05 Uhr dort abgewartet wird.

Einfahrt Betriebsbahnhof von Werne 11,25 Uhr.

Die übrigen Aenderungen sind aus den von den Schaffnern für 10 Pfg. erhältlichen Taschenfahrplänen zu ersehen. 2992

Kleinbahn Unna—Kamen—Werne.
Der Betriebsleiter.

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

1. Auf Reichsfleischkarte 200 Gr. Rindfleischkonserven, Preis wird in den Metzgerläden noch bekanntgegeben. Auf Fleischzusatzkarte je 50 Gr. Fleisch. Für die Schwerst- und Schwerarbeiter von Zeche Massen (Schacht III) findet die Ausgabe bei dem Metzger Merz in Massen, für die von Zeche Königsborn (Schacht II) bei Metzger Strüwer in Heeren-Werve statt.

2. Auf Fettkarte 60 Gr. Fett.

3. Auf Lebensmittelkarte 40 Gr. Kartoffelmehl, 325 Gr. Graupen, 50 Gr. Maisgrieß, 80 Gr. Nudeln, 1 Päckchen Milchsüßspeise, ferner Suppen und Morgentrank in geringen Mengen.

Die gleichzeitige Abnahme der Suppen und Morgentrank ist Bedingung.

Für Kinder und Kranke stehen geringe Mengen Panin, Grünkernmehl und Keks zur Verfügung.

5. In den Gemeinden Methler, Niederaden, Oberaden, Weddinghofen und Westick: Ausgabe geringer Mengen Tilsiter Käse. Die Verteilung regeln die Gemeindevorsteher.

6. An die Gemeinden sind Bezugsscheine für 175 Gramm Teigwaren ausgegeben. Diese Teigwaren gelangen zur Verteilung, sobald die Kleinhändler dieselben von den Großhändlern bekommen haben.

7. Auf Fetteinfuhrzusatzkarte 50 Gr. Auslands-Fett, das Pfund zu 5,50 Mk.

8. Speck ist in Sicht, aber noch nicht eingetroffen, ebenso Mehl. Bekanntmachung folgt.

9. Außer dem unter 7 erwähnten rationierten Speisefett ist vom Kreise noch ausländisches Schmalz erworben worden, das mit 100 Gramm für den Kopf der Versorgungsberechtigten (auf Lebensmittelkarte) ausgegeben wird. Der Preis dieses nicht vom Reich gelieferten (Konzern-) Schmalzes stellt sich auf 8,40 Mk. für das Pfund, weil das Reich hierzu keinen Preisermäßigungszuschuß gewährt.

Unna, den 28. Juli 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Amt Unna-Kamen.

Ich verweise auf die Bekanntmachung des Herrn Landrats vom 19. Juli 1919 betreffend Saatkarten, veröffentlicht in den Tageszeitungen, und ersuche alle diejenigen Amtseingesessenen, die eine Saatkarte erhalten, aber nicht verwendet haben, diese sofort an den Kommunalverband bezw. an mich zurückzugeben. Sollten Saatkarten verloren gegangen sein, ist dieses unter Angabe der Buch- und Seitenzahl ebenfalls mitzuteilen.

Unna, den 24. Juli 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Der Plan über die **Herstellung einer unterirdischen Telegraphenlinie** in der Heerenerstraße in Kamen liegt bei dem Postamt in Kamen Kreis Hamm von heute ab vier Wochen aus.

3006 **Ober-Postdirektion Dortmund.**

Kurtheater Bad Königsborn.

Mittwoch, den 30. Juli, 8 Uhr Anfang:
Der größte Operettenschlager der Neuzeit!
„Schwarzwaldmädel"
In den Hauptrollen **nur erste Kräfte** von größeren Theatern. — Verstärktes Orchester.
Mäßige Eintrittspreise. Glänzende Ausstattung.
Vorverkaufs-Karten sind telephonisch bei der Badeverwaltung Nr. 28 zu haben. 2981

Kurgarten Bad Königsborn

Donnerstag, den 31. Juli 1919:
Abend-Konzert.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintritt für die Person Mk. 1—. Kurgäste u. Besitzer von Dauerkarten haben freien Eintritt
2999 **Die Badeverwaltung.**

Verkehrs-Verein e. V. Kamen.

Zu dem am **Freitag, den 1. cr., abends 8½ Uhr,** stattfindenden **Vortrag** des Geheimrats Professor Dr. Ermann über:

„Gemeindebodenpolitik"

haben unsere Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Zutritt.

Wir können den Besuch sehr empfehlen.

2998 **Der Vorstand.**

Roggen

hat morgenweise abzugeben 2980
Barenbräuker.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 2693

Telephon 212. Lünenerstr. 14
Gärtnerei Milik
empfiehlt frisches Gemüse! 3001
Kappus, Kohlrabi, Bohnen, grüne und Wachs-, Kopfsalat usw.

Amt Unna-Kamen.

Dem Amt sind von der Kreisverteilungsstelle einige Kilogramm **Sattlerleder** überwiesen worden.

Amtseingesessene Sattlermeister, die Zuteilung von diesem Leder wünschen, wollen sich bis spätestens Samstag, den 2. August 1919, auf dem Amt melden.

Unna, den 24. Juli 1919.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.